

PETER-KRISTIAN LEDIG

Die verantwortliche Gesellschaft

Beiträge der Ökumene zu den Fragen der gesellschaftlichen Wandlung

Der Begriff „Verantwortliche Gesellschaft“ ergab sich aus den Verhandlungen der ersten Vollversammlung des ökumenischen Rates der Kirchen 1948 in Amsterdam über das Thema: „Die Kirche und die Auflösung der gesellschaftlichen Ordnung.“ Er wurde 1954 bei der zweiten Vollversammlung in Evanston (USA) als Leitbild an konkreten gesellschaftlichen Problemen erprobt und im Lichte des Hauptthemas „Christus, die Hoffnung der Welt“, geprüft. — Bevor auf der Grundlage von ökumenischen Berichten und Empfehlungen zu sozialen Problemen im einzelnen versucht wird, eine Antwort auf die Frage nach der „Verantwortlichen Gesellschaft“ zu geben, sei kurz umrissen, was die ökumenische Bewegung ist.

Seit mehr als 25 Jahren vollzieht sich eine Sammlung der so unterschiedlichen evangelischen Kirchen der Welt. Sie schufen sich 1948 den ökumenischen Rat der Kirchen¹⁾. Unter den Gruppen, die noch außerhalb dieser Bewegung stehen, ist die russisch-orthodoxe die bedeutendste. Dieser Rat, der die in der Ökumene zusammengekommenen einzelnen Kirchen repräsentiert, begreift sich nicht als eine Superkirche oder eine der vielen internationalen Organisationen, wenn er sich auch einer solchen Form bedienen muß. Das Bekenntnis zu Christus führt die getrennten Kirchen zueinander. Es macht ihnen Mut, jene Grenzen, die Lehre, Tradition, Geschichte, geographische Lage, Sprache, Rasse, politische Systeme und Verfassung der Völker bedingen, zu überschreiten und doch zu bejahen. Das bedeutet auch: Menschen, die ebenso getrennt sind, gehen aus gemeinsamem Glauben aufeinander zu und bilden in der nie geleugneten Verschiedenheit dennoch eine Gemeinde. Es handelt sich bei dieser ökumenischen Sammlung um eine geistige Bewegung, die zu den gewiß weithin noch unbekanntem, darum aber nicht weniger wirksamen Kräften unserer Zeit gehört. Mitglieder der Ökumene sind auch die evangelischen Kirchen der Bundesrepublik und der Sowjetzone. Alle ökumenischen Aussagen zu den Fragen der Welt, der internationalen Politik, der Wirtschaft und den Sozialsystemen, dem Staat und der Rassenfrage bedingen eine immer wieder aufgenommene und langsam vorangehende Erhellung dessen, was evangelische Kirche jetzt, in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, denn eigentlich sei.

1) Ökumenisch besagt: „... beides, weltweit (wörtlich: die ganze bewohnte Erde) wie auch der geistige Austausch zwischen den Kirchen, der sie aus ihrer Isolation herausführt in die Gemeinsamkeit des Gespräches, gegenseitige Bereicherung, gemeinsames Zeugnis und gemeinsames Handeln“ (Bell, The Kingship of Christ).

Kirche und Welt

Zwei aus ganz verschiedenen Aspekten kommende landläufige Meinungen verneinen, daß die Kirche ein Recht habe, sich um die Welt zu kümmern. Für den einen ist sie eine nur menschliche, sehr alte, sehr kluge Institution, die Politik treibt und unrealistische Leute, die einem längst überwundenen Aberglauben anhängen, für ihre Ziele gefügig macht. Deshalb dürfe die Kirche nichts in den Dingen etwa der gesellschaftlichen oder sozialen Ordnung mitreden. Die anderen wollen die Kirche von der Berührung mit der doch gottlosen Welt bewahren und weiter in ihrer sich selbst genügenden Gemeinschaft frommer, der Verdammung entthobener Beter bleiben.

Und doch fragt sich gerade die Kirche ernst und schonungslos nach der Mitverantwortung am Gang der Welt, wie wir ihn kennen. Daß die gesellschaftliche Wandlung nicht nur analysiert wird, sondern die in den Kirchen lebenden Christen nicht müde werden, zu fragen, wo versagt wurde, bedeutet einen sehr wesentlichen Beitrag der Ökumene zu den Wandlungen der Gesellschaft. So erklärte der Bruderrat der Evangelischen Kirchen in Deutschland (EKiD) am 8. August 1947: „Wir gingen in die Irre, als wir begannen* eine ‚christliche‘ Front aufzustellen gegen gewisse neue Entwicklungen, die in unserem sozialen Leben notwendig geworden waren. Das Bündnis der Kirche mit den Kräften, die an allem Alten und Konventionellen festhielten, hat sich schwer an uns gerächt. Wir gingen in die Irre, als wir übersahen, daß der ökonomische Materialismus der marxistischen Lehre die Kirche an den Auftrag und die Verheißung der Gemeinde für das Leben und Zusammenleben der Menschen im Diesseits hätte gemahnen müssen. Wir haben es unterlassen, die Sache der Armen und Entrechteten gemäß dem Evangelium von Gottes kommandem Reich zur Sache der Christenheit zu machen“ (48/S. 118)2). Ein paar Jahre später, 1954, berichten deutsche Protestanten für Evanston: „...das größte Hemmnis für das protestantische Christentum in Deutschland hat immer in seinem bürgerlichen (oft kleinbürgerlichen) Charakter und in seiner Feindschaft gegenüber den sozialistischen Arbeitern gelegen“ (54/111, S. 44). *Niebuhr* schrieb 1948: „Das traditionelle Christentum vernachlässigte die Möglichkeit und Notwendigkeit der Herstellung der Gemeinschaft unter den neuen Bedingungen, die jedes Zeitalter stellt.“

Man erkannte, daß die Kirchen ihre Interessen als Institution mit dem Anspruch, Stellvertreterin Gottes zu sein, verwirrt (48/S. 123), daß sie im öffentlichen Leben eine politische und keine geistige Position bezogen (48/S. 70), daß sie die Interessen und Gedankenrichtungen ganz bestimmter Klassen vertreten habe (48/S. 117) und stellte fest, die Kirchen entwickelten ihr soziales Zeugnis in verhältnismäßig langsamem Tempo, während die sozialen Veränderungen mit unerhörter Schnelligkeit vor sich gingen (54/111, S. 59). Die Lauheit und Gleichgültigkeit im Blick auf die sozialen Fragen wird auf drei Faktoren zurückgeführt: 1. Den Mangel an lebendigem Glauben — die Christen sind nicht darauf gerüstet, die großen sozialen Katastrophen der Zeit zu verstehen und können so den Menschen nicht helfen. 2. Die sozialen Fragen, vor denen man steht, sind subtiler und verwickelter als einst; darum bedarf es neuer Arbeitsmethoden. 3. Die weltweiten Dimensionen der sozialen Probleme, die in verschiedenen Graden und Stufen vor sich gehenden Veränderungen machen ein Verständnis schwer.

Indem die Kirchen sich so prüfen, überwinden sie die Schranken, die zwischen ihnen und der Welt errichtet sind. Die Kirche sagt ihr Wort zur Gesellschaft, zu den Wandlungen, in die sie ja auch unentrinnbar gestellt ist, weil dies ihrem Auftrag entspricht.

2) Soweit eine Quelle nicht ausdrücklich anders bezeichnet ist, bedeuten die verwendeten Abkürzungen: (48/S.) Band III der Sammlung „Amsterdamer ökumenisches Gespräch 1948“, Furche Verlag, Tübingen. — (54/111, S.) Heft III (VI) der ökumenischen Überblicke für die zweite Vollversammlung in Evanston 1954, Gotthelf Verlag Zürich/Frankfurt a. M. — (Dok. S.) Evanston Dokumente 1954, Luther Verlag, Witten/Rohr. — Der Arnoldshain-Bericht 1956 wurde „von der Studienabteilung des ökumenischen Rates der Kirchen herausgegeben (Genf, 17 rout de Malagnou).“

Die Kirche verkündigt die ewige Wahrheit Gottes, wie sie in der Bibel niedergelegt ist. In ihrer Verkündigung, im Sakrament, ist inmitten der Welt das Reich Gottes sichtbar. Und dennoch weiß die Kirche, daß auch sie vergehen wird. Sie weiß um die Endlichkeit aller menschlichen Pläne, Doktrinen, Ideologien und Parteimeinungen. Sie widerstrebt daher auch einer Politisierung, einer Indienstnahme durch bestimmte, auch „christliche“ Parteien. Dennoch stellt die Welt, deren Ende gewiß ist, der Kirche Aufgaben, denen sie sich nicht entziehen darf. Denn die Welt ist Gottes Welt und fordert die Christen auf, sie zu erhalten und an ihrer Gestaltung mitzuarbeiten. Dabei müssen sie wissen, daß vielleicht ein Optimum, nie ein Maximum erreicht werden kann. So ist Duldung vonnöten die — wie auch die Geduld — „ihre letzte Wurzel in der religiösen Überzeugung von der Endlichkeit des Menschen“ hat (48/S. 169). Diese Duldung schließt das Wissen ein, daß es keine „christlichen“ Patente gibt, keine Möglichkeit, die „Ordnung Gottes in Gestalt einzelner und bestimmter Gesetze und Regeln der Gerechtigkeit darzustellen“ (48/S. 13). „Der Christ selbst muß sich für soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliche Ordnung und politische Aktivität einsetzen“ (48/S. 147).

Aussagen zur Gesellschaft

Die Amsterdamer Konferenz untersuchte in einer weit angelegten Analyse die Gründe zur Auflösung der gesellschaftlichen Ordnung. Aus der Fülle der Erkenntnisse seien nur einige angeführt, die mit der Frage nach der Gemeinschaft und Gesellschaft besonders verbunden sind: *Niebuhr* bezeichnete als die unmittelbarste Ursache unseres Elends die Unfähigkeit und mangelnde Bereitschaft des modernen Menschen und der Nationen, das Gemeinschaftsleben zu ordnen und wieder aufzubauen (48/S. 11), und *Oldham* sagte, daß die gesellschaftliche Krise eine Krise des Menschen sei, der aufgehört hat, zu fragen, wozu Wissen, Macht und Reichtum gut sind (48/S. 154). Die moderne Technik, in deren Wesen es liege, eine einsame Welt zu schaffen, die keine Gemeinschaft zeugen könne, habe wohl eine potentielle, aber keine wirkliche Weltgemeinschaft begründet. Soziale Verwirrung komme auf, weil keine tragbare, den heutigen Lebensbedingungen gemäße Rechtsordnung entsteht. Die außerordentlichen Fortschritte des technischen Vermögens seien von keinem entsprechenden Fortschritt im sozialen Vermögen begleitet worden. Doch dürfe man nicht übersehen, daß es auch eine der modernen Arbeit zugehörige kollektive Sittlichkeit (Solidarität) gibt. Hier sei die Kirche aufgerufen, zu einer ethischen Gründung der kollektiven Entscheidungen und Aktionen zu verhelfen. Solche sittliche Qualität allerdings könnten die täglichen Handlungen auch im Leben des einzelnen nur haben, wenn ein sittlicher Zweck das ganze Leben der Gemeinschaft durchwaltet und die kollektiven Entscheidungen beherrscht. „Aber es besteht der Widerspruch zwischen den Forderungen der menschlichen Person und der Gesamtstruktur der modernen Industrie. Nichts „wird diesen Widerspruch lösen, es sei denn eine Revolution in den Ideen der Menschen, durch welche die menschliche Arbeit nicht zuerst nach den Bedingungen des technischen Produktes, sondern des menschlichen Nutzens begriffen wird, das heißt nach den menschlichen Beziehungen derer, die im Produktionsprozeß miteinander verbunden sind, und nach den menschlichen Zwecken, denen sie dienen soll, nämlich dem letzten Ziel und Sinn des ganzen Arbeitsprozesses, wie er im Dienste Gottes gefunden wird“ (48/S. 165).

Oldham, dessen Vorarbeiten auch der Ansatz zu dem Begriff „Verantwortliche Gesellschaft“ entstammt, sieht ein besonderes Anliegen darin, daß die Menschen in einem möglichst weiten „Übungsraum“ direkter und persönlicher Beziehungen lernen, von ihrem Denk- und Entscheidungsvermögen Gebrauch zu machen, die für ein gesundes politisches Leben erforderlich sind. Eine freie Gesellschaft, die man auch gewaltlose Gesellschaft nennen kann, „allein sorgt für Gelegenheiten, in denen Menschen durch gemeinsame Aussprachen und durch Experimente entdecken können, was soziale Gerechtigkeit bedeutet und sie auf diese Weise allmählich erfüllen“ (48/S. 181). Doch auch für eine

solche Gesellschaft gilt: „Wird der Glaube an das Transzendente aufgegeben, so sind wir der bloßen Gewalt auf Gnade und Ungnade ausgeliefert“ (48/S. 56).

Die Berichte von Amsterdam und Evanston

Wie alle ökumenischen Berichte, sind auch diese nicht als Weisungen, sondern als Empfehlungen an die Kirchen anzusehen. Der zentrale Abschnitt des *Amsterdamer* Berichtes heißt: „Die verantwortliche Gesellschaft.“ Diese -wird wie folgt definiert: „Eine verantwortliche Gesellschaft ist eine solche, in der die Freiheit die Freiheit von Menschen ist, die sich für Gerechtigkeit und öffentliche Ordnung verantwortlich weiß, und in der jene, die politische Autorität oder wirtschaftliche Macht besitzen, Gott und den Menschen, deren Wohlfahrt davon abhängt, für ihre Ausübung verantwortlich sind.“ Es wird gesagt: „Der Mensch ist nicht für den Staat geschaffen, sondern der Staat für den Menschen. Der Mensch ist nicht für die Produktion geschaffen, sondern die Produktion für den Menschen.“

Besonders zeichnet diesen Bericht eine gleich scharfe Distanzierung von dem atheistisch-marxistischen Kommunismus wie auch vom Kapitalismus aus. Während ersterer wegen seiner Erlösungsverheißung, wegen des Erwähltheitsglaubens einer einzelnen Gesellschaftsklasse, der mit dem Glauben an Gott unvereinbaren materialistischen Lehren und der rücksichtslosen Methoden gegen seine Gegner abgelehnt wird, wie auch Systeme ähnlicher Unterdrückungstendenzen, wird der Kapitalismus trotz gewisser Korrekturen, etwa durch den Einfluß der Gewerkschaften, verworfen, weil er die Befriedigung wirtschaftlicher Bedürfnisse dem wirtschaftlichen Vorteil der Verfügungsberechtigten über die Einrichtungen der Wirtschaft unterwerfe, weil er schwerwiegende Ungleichheiten erzeuge, weil sein Materialismus im erfolgreichen Geldverdienen liege und er die Völker seiner Länder sozialen Katastrophen ausgeliefert habe.

Dieser Bericht gab den Anstoß, bestimmte konkrete Verhältnisse eingehend zu studieren. Das Thema, wie es sich in Evanston stellte, erweiterte wohl den Blick auf eine weltweite Sicht, behandelt aber dennoch bestimmte Bereiche des gesellschaftlichen Lebens und führte somit zu weniger allgemeinen Erklärungen, wie dies in Amsterdam notwendigerweise noch geschah.

Die Vollversammlung in *Evanston* stand unter dem Hauptthema „Christus, die Hoffnung der Welt“. Die Herrschaft Gottes und der Gehorsam seinen Geboten gegenüber gilt auch für die besonderen sozialen Aufgaben. Von Christus erhalten die Menschen die Richtlinien für ihren Dienst und die Aufgabe, sich um eine bessere soziale und politische Lebensform zu bemühen. Die Hoffnung auf ihn bewahrt uns davor, aus einer Einrichtung oder einem System einen Götzen zu machen und bei scheinbarer Vergeblichkeit unseres sozialen Handelns oder dem Zusammenbruch unserer Hoffnung zu verzweifeln.

„Verantwortliche Gesellschaft“ ist nicht ein besonderes soziales oder politisches System, sondern ein Maßstab zur Beurteilung sozialer Ordnungen. Wesentlich für ihre Verwirklichung ist, daß die Menschen die Kunst des sozialen Zusammenlebens lernen. Dies geschieht auch in den kleinen Gruppen, wie der Familie, aber ebenso in der Team-Arbeit, etwa der Fabrik. Ein besonderes Zentrum für die soziale Verantwortlichkeit sollte die christliche Gemeinde sein, auch in der Beziehung ihrer Gottesdienste zum Gesamtleben der Gesellschaft.

Im politischen Bereich sind hinsichtlich des Staates, der nicht Herr der Gerechtigkeit, sondern deren Diener ist, bestimmte Kriterien zu verlangen: Achtung der menschlichen Grundrechte, Recht der Meinungsäußerung auch für Minderheiten, Möglichkeit des Regierungswechsels ohne Gewaltanwendung, Schutz der Gemeinschaftsformen innerhalb der Gesellschaft. Der Staat ist nicht die Quelle sozialer Gerechtigkeit, wohl aber ihr Wächter. Seine wachsende Bedeutung für das Wirtschaftsleben wird erkannt. Er hat gegen eine Wirtschaftskrise anzugehen, der Arbeitslosigkeit entgegenzutreten, Sozialpolitik zu be-

treiben. Doch ist eine Vereinigung von politischer und wirtschaftlicher Macht in seiner Hand, die zu seiner Allgewalt führen kann, abzulehnen. Keine zentralisierte wirtschaftliche oder soziale Machtzusammenballung einer besonderen Interessentengruppe darf stärker werden als er selbst, der allein für die Gesamtheit der Gesellschaft zu handeln die Autorität hat.

In der Wirtschaft wird als wesentlichste Entwicklung angesehen, daß durch die Kontrolle der Abläufe automatische, früher unvermeidbare Reaktionen nicht mehr eintreten. Die wachsende wirtschaftliche Macht der organisierten Gruppen wird unterstrichen. In keinem „Wirtschaftssystem gibt es Formen, die universell gültig sind, und „Diskussionen über Kapitalismus“ oder Sozialismus“ verschleiern nur die wichtigeren Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik“.

Soweit der Staat in die Wirtschaft eingreift, und er muß es dort tun, wo die Privatindustrie dies in angemessener Weise nicht kann, soll dies dezentralisiert geschehen. „Eine leistungsstarke Produktion ist ebenso wichtig wie gerechte Verteilung. Faulheit und Verschwendung sind Sünde vor Gott, genauso wie Eigensucht und Geiz.“ Die Kirchen dürfen nicht versäumen, zu erkennen, daß der Arbeiter einen Stand in der Gesellschaft haben muß, der seiner Verantwortung und Menschenwürde entspricht.

Der Bericht fordert angesichts bestimmter Verhältnisse zum konkreten Handeln auf: Die Warnungen der Bibel über die Gefährdung des „reichen Mannes“ gelten heute den Versuchungen in einer reichen Gesellschaft, in der Überbetonung materieller Werte, den Motiven gesellschaftlichen Hochmutes. Verantwortungslose Geschäftemacher und Reklame verstärken den Neid und die Neigung zu unbegrenzten Wünschen.

Die große Bedeutung organisierter Gruppen, wie auch der Gewerkschaften, verlangt ihre Verantwortung dem Ganzen gegenüber. Die Führerschaft solcher Verbände muß den Mitgliedern, die in echter Weise an der Organisation teilhaben müssen, verantwortlich sein.

Der Bericht sagt zum Beschluß: „Gegenseitige wirtschaftliche und soziale Abhängigkeit globalen Ausmaßes bedeuten eine neue Dimension in der Aufgabe, eine verantwortliche Gesellschaft zu schaffen. Auf den Christen ruht die besondere Verantwortung, die Herausforderung zu hören, auf ihre Regierungen zu drängen, daß sie die Probleme ernst nehmen, und selbst opferbereit zu handeln“ (Dok. S. 90).

In einer gesonderten Sektion behandelte die Vollversammlung in Evanston den beruflichen Bereich. Die moderne Welt wird als Arbeitswelt aufgefaßt. Die Entfremdung zwischen ihr und der christlichen Botschaft entsteht besonders von zwei Gegebenheiten her: der Arbeit in der modernen Gesellschaft und dem tatsächlichen Leben der organisierten Kirche. Es wird erkannt, daß der vielleicht wichtigste Punkt für die Kirche bei der gesamten Entwicklung der Arbeit in der heutigen Gesellschaft ihr Gemeinschaftscharakter ist. Von hier aus sei auch zu verstehen, daß die oft beklagte Anonymität der Entscheidungen keineswegs allgemein oder eindeutig ist.

Im Studienheft VI für Evanston wird darauf hingewiesen, daß in den kirchlichen Kreisen die Ansicht von der „menschlicheren“ Arbeit eines Arbeitnehmers mit weißem Kragen gegenüber der eines Müllkutschers weit verbreitet ist, in Wahrheit jedoch eine der brennendsten Fragen der Arbeit unter nahezu allen gesellschaftlichen Umständen die des Verhältnisses von Arbeit und Lohn sei. Dies ist nicht nur eine Frage des Lebensstandards, sondern des sozialen Prestiges.

Der in Evanston zu diesem Bereich erstattete Bericht zitiert zu Beginn die Worte von Amsterdam: „Nur durch das Zeugnis einer geistig reifen und geistig hochstehenden aktiven Laienschaft kann die Kirche der modernen Welt in ihrer gegenwärtigen, durch tiefe Ratlosigkeit, gekennzeichneten Lage zurechthelfen. Eine der sichersten Tatsachen der Welt ist, daß Millionen von Menschen sich die Kirche als eine Größe vorstellen, die über der modernen Welt schwebt und völlig außer Kontakt mit ihr ist“ (Dok. S. 117).

Ein weiterer Vorstoß — Arnoldshain 1956

Die Studienabteilung des ökumenischen Rates der Kirchen lud im Juli 1956 Vertreter der Kirchen aus Europa, einschließlich der Tschechoslowakei und Ungarn, aus Kanada und den USA, zu einer regionalen Konferenz ein, um Fragen vornehmlich dieses geographischen Raumes zu behandeln, die sich von Evanston aus ergaben.

Die Konferenz arbeitete in zwei Sektionen. Das Thema „Die verantwortliche Gesellschaft im nationalen und internationalen Raum“ wurde unter dem Aspekt der internationalen Angelegenheiten (1. Die Wiedervereinigung Deutschlands, 2. Abrüstung) und dem der wirtschaftlichen und sozialen Fragen behandelt. Hier wird auf letzteren Bezug genommen. Die Analyse der Zeitsituation unterscheidet sich gegenüber der früheren Verfahrensweise. Die Aussagen über wesentliche soziologische, technische, geistige und politische Voraussetzungen der jetzigen Zeit sind als den Kirchen bekannt nicht erneut behandelt worden. Es werden nun jene Umwälzungen gesehen, die in der Zukunft die Strukturen der Gesellschaften bestimmen werden, zudem wird nach der Verantwortung der Kirche im Hinblick auf sie gefragt.

In fünf Bereichen werden solche Umwälzungen erkannt. Im *geistig-kulturellen*: der menschliche Geist ringt um neue Formen der Selbstverwirklichung und des Selbstausdruckes; *im politischen*: die hergebrachten Formen politischer Autorität werden in Frage gestellt, da neben einem in manchen Gebieten lebendigen Verlangen nach politischer Unabhängigkeit anderenorts offensichtliche Gleichgültigkeit gegenüber der politischen Verantwortung besteht („Die Gewinnung eines höheren Maßes von wirtschaftlichem Wohlstand und wirtschaftlicher Stabilität in den industriellen Ländern des Westens hat die Bemühungen, das Interesse an den sozialen Fragen zu wecken, untergraben“ 54/111, S. 20); *im wirtschaftlichen*: die einzelnen Faktoren der Weltwirtschaft bedingen sich gegenseitig immer stärker, so daß wirtschaftliche Umwälzungen Folgen für die entferntesten Teile der Erde mit sich bringen; *im technischen*: Automation und Verwendung der Kernkraft werden Ausgangspunkte für neue Entwicklungen im sozialen Leben sein; *im bevölkerungsstatistischen*: da sich binnen 45 Jahren die Erdbewohner um mindestens eine Milliarde vermehrt haben werden und die Zahl alter Menschen in den Industriegegenden stark ansteigen wird, werden auch von dorthier tiefgreifende Einflüsse im sozialen und wirtschaftlichen Leben erfolgen.

Audi wenn man nicht klar beantworten könne, ob solche Umwälzungen eine Bestätigung oder Infragestellung gewisser sozialrevolutionärer Sozialsysteme sind, müßten Christen diese auf dem sozialen Gebiete sichtbaren Entwicklungen als Realität sehen. Wesentlich sei, zu erkennen, durch welche Maßnahmen die im Gang befindliche Wandlung positiv zu beeinflussen ist. Die Kirche müsse den Menschen helfen, diese Verantwortung um die ihnen auferlegte Freiheit zu sehen und auf sich zu nehmen.

Als man sich fragte, „wieweit das christliche Verständnis von Freiheit und Gerechtigkeit in der heutigen Zeit durch die Bibel begründet ist“, wurde das Spezifische der „Verantwortlichen Gesellschaft“ sichtbar. Die Bibel ist kein Nachschlagewerk für Gesetze oder Verhaltensmaßregeln. „Sie spricht nicht durch bestimmte Texte, die aus dem Zusammenhang mit der Offenbarung herausgenommen worden sind“ (ein Mißbrauch, wie er auch von Christen betrieben wird). Sie spricht „durch die Offenbarung Gottes in Christus“. Sie „bildet die Grundlage für das Verständnis der Würde des Menschen, sie erinnert daran, daß der Mensch nicht geschaffen ist, um Sklave von Dingen, Einrichtungen, Gemeinwesen oder anderen Menschen, sondern um ein freies verantwortungsbewußtes Geschöpf Gottes zu sein“, Person also und damit letzthin fähig zum Zusammenleben auch in den kleinen Gruppen; zur Gemeinschaftsbildung mit anderen Personen wird nur der in der Bindung an Gott frei gewordene Mensch. Damit aber ist die Freiheit in einer verantwortlichen Gesellschaft eindeutig an Christus gebunden. Selbst der Anklang eines naturrechtlichen Charakters der Freiheit wird gelöscht. Von dieser Freiheit her

wird etwa „wirtschaftliche Ungerechtigkeit oder werden, Systeme, die den Menschen zum Untermenschen stempeln“, als Taten des sich von Gott absondernden, damit aber auch unfrei gewordenen Menschen angesehen.

Von dorthier ist auch „eine der drängendsten Fragen zu begreifen, die in allen konkreten Entscheidungen der industriellen Ordnung mitspielt: was es bedeutet, ein Mensch zu sein“. Weil der Christ seine gesamte Existenz „von der Treue Gottes zu allen Menschen in seiner Sohnwerdung in Christus“ her begreift, gehört zu seinem Leben das Verantwortungsbewußtsein für die sozialen Fragen. Dabei gibt es „kein Schema von Einrichtungen, kein „Wirtschaftssystem, das vor Unrecht sicher wäre“. Diese Besinnung, die den Bericht von Arnoldshain auszeichnet, ist für das rechte Verständnis der „Verantwortlichen Gesellschaft“ und aller Beiträge der Ökumene zu den sozialen Fragen unerlässlich.

Der Arbeiter, so wurde in Arnoldshain vermerkt, steht trotz steigenden Lebensstandards der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung mit einigen Zweifeln gegenüber. Es ist wesentlich, daß diese Gesellschaftsordnung nicht nur den Vorrechten einer Minderheit zugute kommt. Die Bestrebungen der Kirche, sich von den Vorurteilen der Mittelklassen zu lösen und sich mit den Industriearbeitern solidarisch zu zeigen, sind noch nicht weit genug gediehen. — Die Tendenz des Menschen, zum Produktionswerkzeug herabzusinken, findet sich nicht nur bei den Arbeitern, sondern auch in den Berufsgruppen der Angestellten einschließlich derer mit akademischer Bildung.—Die Kirche lehnt wohl jede Gewaltlösung im Verhältnis von Arbeitnehmern und Arbeitgebern ab, doch soll sie sich hüten, billigen sozialen Pazifismus zu predigen. Offenkundige Ungerechtigkeit kann oft nur durch eine Auseinandersetzung behoben werden, wenn es hart auf hart geht, z. B. durch Streik. — Doch hat die Kirche zweierlei durch ihr Beispiel zu tun: einmal die Aussprache und Gemeinschaft zwischen verschiedenen Interessentenkreisen und Schichten der Gesellschaft zu fördern, dann auch ihre Glieder in einer verantwortungsbewußten Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Interessentenkreisen der Industrie zu unterstützen. — Die in Ost und West auftretende Vergötzung der Arbeit ist zu verwerfen. Die dank der Technik mögliche Freizeit sollte der Mensch zu schöpferischen Zwecken verwenden. Ihr Rhythmus soll frei sein von der Mechanisierung und Unpersönlichkeit, die der Arbeit oft anhaften. So sollten etwa Familienwohnungsbau und Städteplanung dem Bedürfnis nach Freizeiterfüllung Rechnung tragen. — Die Antwort der Kirche auf die Frage, was es ist, ein Mensch zu sein, muß durch die Bemühungen der christlichen Laien in der Industrie gegeben werden, wenn sie zur Gestaltung einer möglichst gerechten volkswirtschaftlichen Ordnung führen soll.

Zusammenfassung

Dieser Überblick mußte die für das Gesamtverständnis der ökumenischen Arbeit wesentlichen Beiträge zu politischen Fragen, auch zu der des Kommunismus, unberücksichtigt lassen. Es kam allein darauf an, aufzuzeigen, wie sehr die Kirchen in der Ökumene angesichts der sozialen Fragen begriffen haben, daß es hier kein Zurück mehr gibt. „In einer Revolutionssituation können keine starren Ideologien helfen.“ Es wurde angedeutet, woher sie die Kraft nehmen, trotz ihrer menschlichen Natur, in deren Unvollkommenheit sie der Welt angehören, Maßstäbe für soziale Gerechtigkeit und die Freiheit einer „Verantwortlichen Gesellschaft“ zu geben.

„Christliche Aktion hat heute zwei Pole, den einen, der die Struktur der technisierten Gesellschaft transzendiert — das neue Sein, von dem das Christentum Zeugnis ablegt; den anderen, der in der Struktur der technisierten Gesellschaft gegenwärtig ist — die Bewegungen, die auf ihre verschiedene Weise gegen deren entpersönlichende Macht streiten. In der Korrelation dieser beiden Pole muß die christliche Aktion einen Weg finden, um die Person in der industriellen Gesellschaft zu retten“ (*Paul Tillich*). — Einen solchen Weg zu zeigen, ist das Bemühen der Beiträge der Ökumene zu den Fragen der gesellschaftlichen Wandlung.